

# Castor 2008

## kriminell ist die Atomindustrie!

CASTOR-GegnerInnen vor Gericht  
Prozess-Termin:

**Di., 14. Februar 2012, 9:00 Uhr**  
**Amtsgericht Potsdam**  
**Hegelallee 8, Saal 215**

Mitte Februar geht der Prozess gegen vier ROBIN WOOD-AktivistInnen wegen einer Kletteraktion gegen den CASTOR-Transport nach Gorleben im Jahr 2008 weiter. Am 2. Verhandlungstag (26.01.) schilderten die Betroffenen ihre Beweggründe mit bewegenden Einlassungen. Neben den gesundheitlichen Risiken, grundsätzlichen Fragen zum Herrschaftsverhältnis Mensch-Natur und der Forderung nach Abschaffung aller Systeme von AKW bis BRD, wurde auch die Frage nach der Vereinbarkeit von Atomkraft und Grundrechten aufgeworfen. Nach einem Befangenheitsantrag wegen unsachlicher Verhandlungsführung gegen die vorsitzende Richterin wurde die Verhandlung auf den 14.02. vertagt. Die vier AktivistInnen protestierten am 6. November 2008 mit Bannern auf der Elbe-Seitenkanal-Brücke über der Schienenstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg. Kurz vor dem Start des Atommüllzuges in Frankreich richtete sich ihr Protest gegen ein atomares Endlager in Gorleben und den Weiterbetrieb von Atomanlagen. Die Polizei sperrte die Schienenstrecke, beendete nach ca. fünf Stunden die Aktion und verhängte Bußgelder in Höhe von je 500,- Euro.

Außerdem stellte sie die Personalien der Beteiligten fest und sperrte eine Aktivistin aus der Gruppe für vier Tage unter entwürdigenden Bedingungen allein in eine Gewahrsamszelle - vorbeugend und wegen des bloßen Verdachts, sie könne weitere Ordnungswidrigkeiten begehen und den CASTOR-Transport behindern. Dies stellt zusätzlich zum angedrohten Bußgeld eine unverhältnismäßige Abstrafung dar, gegen die die Aktivistin im Dezember 2009 Verfassungsbeschwerde eingereicht hat; die Beschwerde läuft noch. "Die Reaktorkatastrophen in Fukushima haben viele Menschen auf die Straße gebracht. Die Regierung hat versucht, sie mit einem Gesetzespaket zum Atomausstieg zu besänftigen. Was beschlossen wurde, ist aber kein Atomausstieg, sondern die Erlaubnis, noch mindestens ein Jahrzehnt lang Atomanlagen zu betreiben", sagt Frederik, einer der AktivistInnen. Seine Mitstreiterin Cécile führt fort: "Wer es ernst meint mit dem Atomausstieg, muss sowohl die Atommüllproblematik als auch die weiteren Atomanlagen wie die Urananreich-

Videos über die Aktion:  
<http://www.youtube.com/watch?v=BnXEd3nhT6Q&feature=channel>  
"Rebellen im Namen der Erde":  
<http://www.youtube.com/watch?v=wg6qUD0IjY>

mehr Infos unter:  
[eichhoernchen.ouvaton.org](http://eichhoernchen.ouvaton.org)  
[contratom.de](http://contratom.de)  
[robinwood.de](http://robinwood.de)  
[prozesstipps.de.vu](http://prozesstipps.de.vu)  
<http://nirgendwo.info/>

erungsanlage in Gronau mit einbeziehen, die unter der rot-grünen Landesregierung sogar noch ausgebaut wird. Wer kein Fukushima abwartet und handelt, bevor es zu spät ist, wird kriminalisiert." Gerichte in früheren Verfahren, etwa in Hannover und Steinfurt, haben nach ähnlichen Kletteraktionen über der Schiene Beschuldigte frei gesprochen. Die AktivistInnen wollen auch jetzt einen Freispruch erreichen und keinesfalls das überzogene Bußgeld zahlen. Potsdam wird in Zukunft eine wichtige Rolle in CASTOR-Verfahren spielen. Denn bei Ordnungswidrigkeitsverfahren richtet sich der Gerichtsstand nach dem Sitz der beteiligten Bußgeldbehörde, und das ist bei Aktionen im Schienenbereich die Bundespolizei. Die Behörde wurde zum 1. Januar 2009 umstrukturiert und hat ihren Hauptsitz jetzt in Potsdam. Eine zentrale Bußgeldstelle erlässt die Bescheide. Das führt dazu, dass weit entfernt vom Tatort verhandelt wird. Dadurch werden die Verfahrenskosten in die Höhe getrieben. Das erhöht den Druck auf die Angeschuldigten zu zahlen, anstatt vor Gericht um ihre Rechte zu streiten.

V.i.S.d.P.: Gerlinde Siebenbrücken, Über den Gleisen 11, 82756 Strahlbach